

IG METALL
Hannover
Arbeitskreis Seniorinnen und Senioren

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Ukrainekrieg tobt und treibt die Inflation in die Höhe. Um dem entgegenzuwirken, muss der Staat die Bürger und Bürgerinnen unterstützen, damit Härten vermieden werden.

Da fragt man sich, wie es da möglich ist, dass für die Bundeswehr noch ein Sonderprogramm von 100 Mrd. Euro aufgelegt werden kann. Die Bundeswehr ist in einem desolaten Zustand. Bei den Soldatinnen und Soldaten fehlt es an Ausrüstung und viele Hubschrauber und Flugzeuge sind nicht einsatzfähig, weil es an Ersatzteilen und Wartung mangelt.

Wo sind denn die jährlich mehr als 50 Milliarden geblieben, die die Bundeswehr erhalten hat? Haben sich in erster Linien die Rüstungsfirmen eine goldene Nase verdient? Schon jetzt werden in der Bundeswehr wieder Stimmen laut, dass mit dem zusätzlichen Geld neue teure Jagdbomber und Panzer gekauft werden sollen. Sollte man nicht erst dafür sorgen, dass unsere Truppe vernünftig ausgerüstet ist und die bisherigen Waffensysteme wieder einsatzfähig sind?

Wenn man bewusst und sorgsam mit den Geldern für die Bundeswehr umgeht, kann man sicherlich auch ohne finanzielle Sonderprogramme auskommen.

In diesem Heft	Seite
Bericht von der AGA-Vollversammlung am 30. Juni 2022	3
Endlich wieder eine Delegiertenversammlung in Präsenz	4
Für eine Welt in Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung	5
Entlastungspakete zur Inflation	6
Die Preise steigen	8
Bericht vom 18. ordentlichen DGB-Bundeskongress	10
Pfingstseminar	12
Wanderung nach Fuhrberg	14
Bericht aus dem Seniorenarbeitskreis Ricklingen	15
IG Metall Seniorenarbeitskreis Stöcken	16
Bericht IG Metall Senioren Barsinghausen	16
Kontakte	
Sommerfest	20
Impressum	20

AGA-Vollversammlung am 30. Juni 2022

In der Vollversammlung am 30. Juni 2022 stellte Sabrina Wirth von der Bezirksleitung die neue Rentenkampagne der IG Metall vor. Bausteine sind u.a. eine Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, und eine Erhöhung der Rentenbeiträge.

In der Diskussion zum Beitrag wurde von den TeilnehmerInnen Wert darauf gelegt, dass viele Forderungen richtig, aber auch tiefgreifender sein könnten. Beispielsweise eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

Besondern wichtig war aber den Diskutierenden, dass die IG Metall diesen Forderungen auch genügend Nachdruck verleiht, denn die Einführung einer Erwerbstätigenrente wurde schon 2011 auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall gefordert.

Der Leiter der Seniorengruppen, Wolfgang Kresse, berichtete von den Tätigkeiten in den Seniorenarbeitsgruppen, von den AGA-Arbeitskreisen, vom DGB-Arbeitskreis und vom DGB-Kongress.

Heidi Pape berichtete als Vertretung für Walter Fabian, der erkrankt war, von der Arbeit des AGA-Ausschusses Hannover. Ingo Arlt stellte den Vorschlag des Leiters des Bezirkes Baden-Württemberg Roman Zitzelsberger zur Betriebsrente vor. Kritisch zu hinterfragen ist, ob das Konzept aus Baden-Württemberg die Beschlusslage des letzten Gewerkschaftstages abbildet. Der Gewerkschaftstag hatte klare Positionen zur Rentensicherheit, Einzahlung durch die Arbeitgeber und verlässlichen Rentenhöhen beschlossen.

Zu großem Unmut führten die oberflächlichen und inhaltlich falschen Aussagen Roman Zitzelsbergers, dass mittels vermehrter privater Aktienkäufe durch die Arbeitenden, eine »Vergesellschaftung« der Produktionsmittel erreicht werden kann.

Nach Abstimmung unter den Teilnehmenden wird der Ortsvorstand der IG-Metall-Geschäftsstelle Hannover einen Antrag der Vollversammlung erhalten, in dem eine Tarifforderung zu einer deregulierten Betriebsrente allein nach Betriebsrentenstärkungsgesetz mit allen Mitteln zu verhindern ist.

Endlich wieder eine Delegiertenversammlung in Präsenz!

Kurzbericht vom 18. Juni 2022

In der zweiten Delegiertenversammlung in diesem Kalenderjahr standen neben der Berichterstattung über Aktivitäten auf betrieblicher und tariflicher, gesellschafts- und sozialpolitischer Initiativen (z.B. zu den staatlichen Entlastungspaketen, Verhandlungen von Haustarifverträgen) des Ortsvorstandes zwei Punkte im Vordergrund:

► Aufgrund des Ausscheidens der bisherigen Ortsvorstandsmitglieder Monika Nordmeier (Clarios) und Bertina Murkovic (VW) standen Nachwahlen an. Auf Monika Nordmeier folgt Anastasios Nanelias (Clarios). Auf das Frauenmandat (auf Vorschlag des Ortsfrauenausschusses) des OV wurde die Kollegin Stefanis Roßbach (Aventics) gewählt. ▶ Inhaltlich nahm die Debatte um eine Resolution zum Krieg gegen die Ukraine und die politischen Folgen insbesondere in der Rüstungspolitik ein. Hierzu gab es eine lebhafte und emotionale Debatte, Aus dem Bereich AGA mahnte Walter Fabian an. das eine 2%ige jährliche Rüstungsausgabe - gemessen am Bruttoinlandsprodukt (!) - zusätzlich ein weiteres Problem mit sich bringt: Die vom Staat regelmäßig eingenommenen Steuern steigen deutlich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt - mit der 2%-Festlegung wird also auch indirekt eine dynamische Erhöhung festgelegt.

Die Delegiertenversammlung hat die Debatte mit der nebenstehend abgedruckten Resolution beschlossen.

Ingo Arlt





Für eine Welt in Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung Für Frieden und Demokratie in der Ukraine

Auch wir verurteilen den von Russland ausgehenden Angriffskrieg auf die Ukraine. Die leidtragenden dieses Krieges, wie auch jeden anderen Krieges, sind die Menschen der Zivilbevölkerung, insbesondere Frauen, Kinder und Ältere. Der Krieg muss sofort beendet werden. Die Zerstörungen von Städten und Dörfern sowie die begangenen Kriegsverbrechen haben Millionen von Menschen zur Flucht veranlasst.

Diese Menschen haben unsere volle Solidarität. Sie sind in den Städten und Gemeinden unserer Region Hannover willkommen. Wir unterstützen das Engagement, sie in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die IG Metall ist eine Gewerkschaft in der Demokratie. Sie bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Auch jede andere Gesellschaft hat das Recht, in Freiheit und Selbstbestimmung zu leben.

Wir wissen, dass demokratische Grundrechte das Fundament dafür sind, gute Arbeitnehmerrechte zu erreichen. Wir nehmen die Debatte darüber zur Kenntnis, ob die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr ausreicht, ihrem Verfassungsauftrag nachzukommen. Die Aufgabe hierüber Entscheidungen zu treffen, liegt bei den gewählten Mitgliedern der zuständigen

Parlamente. An der davor notwendigen breiten gesellschaftlichen Debatte beteiligen wir uns hiermit.

Das Bereitstellen von pauschalen finanziellen Mitteln für Rüstungsausgaben ist falsch. Es muss vielmehr die Frage beantwortet werden, was tatsächlich zur Erfüllung des Verfassungsaustrags notwendig ist. Wir lehnen deshalb sowohl das geplante Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro wie auch die Erhöhung der jährlichen Rüstungsausgaben auf oder sogar über zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ab.

Diese Festlegung hätte Auswirkungen auf die Finanzierung anderer wichtiger Gesellschaftsaufgaben, wie zum Beispiel bei der Grundsicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Rentenversicherung, in der Frauen-, Kinder- und Familienpolitik sowie auf die Schaffung einer klimaneutralen Wirtschaft durch die sozial-ökologische Transformation. Eine Spirale der weltweiten Hochrüstung muss verhindert werden. Wir wollen in einer Welt ohne Kriege und ohne Waffen leben. Wir stehen für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Für dieses Ziel werden wir uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter weiterhin engagieren.

Die Delegierten der Delegiertenversammlung der IG Metall Hannover Hannover, 18. Juni 2022

Entlastungspakete zur Inflation – in Teilen (möglicherweise) hochwirksam, aber definitiv unvollständig!

Blicken wir auf den Beginn des Jahres zurück. Bereits recht früh hatten IG Metall und die anderen Gewerkschaften gemeinsam unter dem Dach des DGB auf Entlastungen des Staates für die Bürgerinnen und Bürger gedrängt. Die eigenen Vorschläge richteten sich dabei an zwei wichtigen Kriterien aus: Sie sollten insbesondere den Einkommensschwächeren mehr Unterstützung bieten als den Einkommensstärkeren und sie sollten ökologisch und sozial nachhaltig sein.

Eine Reihe der gewerkschaftlichen Vorschläge haben es auch in die beiden bisherigen Entlastungspakete geschafft. Das ist zunächst einmal als Erfolg zu bezeichnen. Rückblickend ist es auch nicht unbedingt verkehrt, erst den Schwerpunkt bei Entlastungen bei den Erwerbstätigen gesetzt zu haben – wobei z.B. auch Forderungen wie ein »Energiepreisdeckel« auch den nicht Erwerbstätigen zu Gute gekommen wären (dieser Vorschlag wurde bislang nicht berücksichtigt).

Auf der Seniorenvollversammlung Ende April wurde das gemeinsam gewürdigt – aber eben zu Recht auch mit den kritischen Lücken diskutiert. Wenn sich nicht weitere Entlastungen durchsetzen lassen, würde die Entlastungsbilanz rückblickend vom 31.12. diesen Jahres (die Entlastungen haben erst im Juni begonnen) z.B. recht hohe Entlastungen für eine vierköpfige Familie mit einem Nettoeinkommen von gut 2.000 Euro zu bilanzieren sein.

Mit steigenden Einkommen nimmt die Entlastung deutlich ab – soweit einigermaßen sozial gerecht, da Energieund Nahrungsmittelpreise als Treiber der Inflation hier viel stärker wirksam werden als bei hohen Einkommen. Es bleiben die Lücken bei den nicht Erwerbstätigen. Aber auch die Erwerbstätigen in unseren Betrieben sind unzufrieden – woran liegt das?

- ► Ein Teil der Entlastungen liegt noch in der Zukunft: Der einmalige Energiebonus wird erst noch ausgezahlt und steuerliche Entlastungen werden erst mit der Steuererklärung im nächsten Jahr wirksam.
- ▶ Die Senkung der Treibstoffsteuern für drei Monate ist ein Flop – und zwar mit Ansage: In anderen europäischen Ländern hatte das zu denselben Mitnahmeeffekten geführt, die auch bei uns eingetreten sind. Zudem: Sie begünstigt hohe Treibstoffverbräuche und ist somit eher eine Förderung großer Hubräume (und damit voll auf der politischen Linie der FDP, die das unbedingt durchsetzen wollte).

Besonders kritisch wurde auf der Vollversammlung diskutiert, dass Erwerbslose, Studierende und Rentnerinnen und Rentner fast gar nicht berücksichtigt werden. Aus der Versammlung wurde daher eine Resolution an den Ortsvorstand gerichtet, die dieser einstimmig annahm.

Unsere Enttäuschung Ende April, dass in den eigenen gewerkschaftlichen Organisationen diese Fehlstellung wenig öffentlich kritisiert wurde, lichtete sich gut zwei Wochen später. Zunächst der DGB – wenig später auch die IG Metall - brachten genau diese Punkte auf die politische Tagesordnung, bei der Forderung nach weiteren notwendigen Entlastungen. Es hat sich gezeigt: Große demokratische Organisationen brauchen manchmal etwas Zeit, bis sich die Kritik an der Basis sortiert hat und eben dort ankommt, wo die öffentlichen Impulse gesetzt werden – in den Vorständen.

Jetzt gilt es, diesen Forderungen Beine zu machen:

Unterstützt die Kampagne der IG Metall nach einem Energiepreisdeckel und weiteren Entlastungen für die bisher kaum entlasteten gesellschaftlichen Gruppen mit eurer Unterschrift:

https://www.igmetall.de/kostendeckeln

Nutzt die Gespräche in eurem Umfeld, um auf die Unverschämtheiten aus der Politik (auch hier gerne das

SOLIDARITÄT F



KRISENGEWINNE ABSCHÖPFEN -KOSTEN DECKELN!

Forderungen der IG Metall an die Politik:

- Krisengewinne abschöpfen Preistreiber zur Kasse bitten
- Gaspreis deckeln und Strompreis senken
- + Haushalte auch 2023 sozial gerecht entlasten Rentner und Studierende einbezieher

politische Spitzenpersonal der FDP vorneweg) hinzuweisen. Das Ausklammern der Rentnerinnen und Rentner mit der Begründung, dass jetzt eine relativ hohe Rentenerhöhung ansteht, gehört dazu. Diese Erhöhung folgt den Einkommen der Beschäftigten und ist nicht als Entlastung »politisch« zu verrechnen.

▶ Kämpft weiter – gemeinsam mit den betrieblichen Kolleginnen und Kollegen – für ein sicheres und stabiles Rentensystem. Angesichts der gegenwärtigen Krisen benutzen dieselben altbekannten »Expertinnen und Experten« aus Politik und Wissenschaft dieselben Argumente für Sozialabbau: Rauf mit dem Rentenalter schallt es wieder landauf und landab – sogar von der Bundesbank (für was ist die eigentlich zuständig?).

Unser Zusammenhalt in der IG Metall über alle Mitglieder ist besonders in der jetzigen Situation notwendig – und auch weiter wirksam. Machen wir weiter Druck! ■

Ingo Arlt

Die Preise steigen

Kräftige Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie haben die Teuerungsrate in Deutschland auf den höchsten Stand seit knapp 50 Jahren getrieben. Im Winter 1973/1974 waren ähnliche hohe Werte wegen der Ölkrise zu verzeichnen.

Im Mai lagen die Verbraucherpreise um 7,9 Prozent höher als im Monat des Vorjahres. Die Menschen mussten allein für Energie 38,3 Prozent und Lebensmittel 11,1 Prozent mehr bezahlen als vor einem Jahr.

Da ist der Unmut vieler Bundesbürger und -bürgerinnen sehr verständlich. Besonders der hohe Benzinpreis wurde in vielen Medien bzw. sozialen Medien kritisiert und nach staatlicher Hilfe gerufen.

Nun hat der Staat eingriffen und die Kosten für Diesel um 15 Cent und für Benzin um 30 Cent gesenkt, was sicherlich besonders die Ölkonzerne gefreut hat. Eine wirkliche Preisenkung ist daher auch nicht zu verzeichnen,

denn die Ölmultis haben mit dem Verweis auf höhere eigene Kosten die Preissenkung umgehend ausgeglichen.

Um von dieser vorhersehbaren Schlappe abzulenken, hat der Finanzminister Lindner den Wirtschaftsminister Habeck aufgefordert, dass das Kartellamt einschreiten soll, was bei der jetzigen Gesetzgebung zu den Aufgaben des Kartellamtes gar nicht möglich ist.

An dieser Stelle sollte auch einmal eine Studie des Navi-Herstellers Tom Tom erwähnt werden. Danach haben die Fahrenden in dieser Zeit weder das Tempo gedrosselt, noch sind weniger, sondern mehr Kilometer gefahren worden.

Die wirklichen Verlierer bei der Inflation sind nicht die SUV-Fahrenden und die 12-Zylinder-Fraktion, sondern die Menschen mit geringem Einkommen, die vorher schon ieden Cent umdrehen mussten. Vielen wird vom Staat mit Einmalzahlungen geholfen, was in den





meisten Fällen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein wird.

Ganz einfach und unbürokratisch wurden allerdings die Selbstständigen berücksichtigt. Bei der Umsatzsteuererklärung werden einfach 200 Euro vom Gesamtvolumen abgezogen.

Da zu befürchten ist, dass der Krieg und die Inflation noch weiter gehen, helfen Einmalzahlungen wenig. Es muss strukturelle Hilfe geschaffen werden. Beispielweise durch Absenkung oder Wegfall der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Bei den höheren Preise und der damit verbundenen Mehrwertsteuer verdient der Fiskus ohnehin kräftig mit.

Bei den Einmalzahlungen für die Bundesbürger und -bürgerinnen sind die Gruppen der Rentner und Rentnerinnen und Studieren einfach nicht berücksichtigt worden.

Nur mit Kopfschütteln kann man der Dreistigkeit der Politik begegnen,

diese Gruppen einfach zu übergehen. Gibt es nicht viele Menschen im Ruhestand, die von der Grundrente oder Minimalrente leben, oder Studierende, die kein reiches Elternhaus haben. sondern bspw. aus einer Arbeiterfamilie kommen?

Besonders wichtig ist daher, dass der DGB und die Einzelgewerkschaften ietzt noch einmal vermehrten Druck machen, der zum Umdenken der Verantwortlichen in ihrem Handeln führt.

Besonders herauszuheben ist die IG Metall, die eine Unterschriftenaktion zur Berücksichtigung der Rentnerinnen und Rentner und Studierenden beim Sozialfonds ins Leben gerufen hat.

Vielleicht hat hierzu auch unsere in der Vollversammlung verfasste Resolution an den Ortsvorstand beigetragen, der ein Eingreifen unserer Gewerkschaft gefordert hatte.





18. ordentlicher DGB-Bundeskongress

Vom 8. bis zum 12. Mai 2022 fand in Berlin der DGB-Bundeskongress statt, der bei uns, der IG Metall, Gewerkschaftstag heißt. Hier entschieden 400 Delegierte über 70 Anträge zu verschiedenen Themen. 42 Anträge wurden verabschiedet, wovon nur zwei direkt mit der Seniorenarbeit verbunden waren.

Einer davon ist der von unserem Arbeitskreis beim Vorstand mitentwickelte Antrag, der ohne Änderungen beschlossen wurde. Da wir den Antrag an mehreren Stellen schon erläutert haben, hier nur noch die Überschriften:

- Leistungen des Sozialstaates für Ältere sichern und ausbauen,
- gegen Altersdiskriminierung agieren,
- Steuererklärungen für Ältere vereinfachen bzw. durch den Rentenversicherungsträger erledigen lassen,
- ▶ Digitalpakt für Ältere,
- Verbesserung der Gesundheits- und Pflegepolitik für Ältere, bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnen auch im Alter,

- ▶ politische und kulturelle Bildung für Ältere, Sicherheitsbedürnisse Älterer ernst nehmen und Prävention ausbauen,
- Berichterstattung auf Landesebene zur Lage und Situation älterer Menschen.

Der zweite beschlossene Antrag bezieht sich auf Renten- und Versorgungsleistungen im Bundesrecht. Hier soll ein Gerechtigkeitsfonds zur Anerkennung der Lebensleistung und Rentengerechtigkeit geschaffen werden, denn bei der Überleitung der Berufsgruppen von Ost nach West gibt es viele Ungerechtigkeiten. Hiervon sind z.B. ehemalige DDR-Bürger betroffen, deren Zusatzversorgung nicht oder nicht vollständig anerkannt wurde, beispielsweise Krankenpflegekräfte oder Balletttänzer, aber auch zu DDR-Zeiten geschiedene Frauen.

Auf dem Kongress ist auch ein Initiativantrag beschlossen worden, der sich mit dem Entlastungspaket der Bundes-





regierung befasst. Hier fordern die Delegierten, dass auch die Rentner und Rentnerinnen sowie die Studierenden in die Energiepreispauschale einbezogen werden. Der DGB setzt sich, unterstützt auch von der IG Metall, auf allen politischen Ebenen dafür ein.

Des weiteren haben sich die Delegierten mit dem Ukrainekrieg und der Aufrüstung beschäftigt. Der DGB fordert die Beendigung des Krieges. Dafür wird die russische Regierung aufgefordert, alle Kriegshandlungen einzustellen und die Souveränität der Ukraine wieder herzustellen. Die internationale Staatengemeinschaft wird aufgefordert, die Ukraine weiterhin zu unterstützen und gleichzeitig nicht nachzulassen, diplomatische Lösungen zu suchen, die einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende des Krieges zum Ziel haben.

Intensive Diskussionen wurden zum 100-Mrd.-Euro-Sonderprogramm der Bundeswehr geführt. Viele Delegierte sehen die neuen Verteidigungsausgaben im Widerspruch zu den Ansprü-



chen des DGB als Friedenskraft. Nach stundenlangem Ringen wurde Kritik am Sondervermögen geübt, aber eine Ablehnung vermieden. Der DGB wird sehr kritisch auf die Verwendung des Geldes schauen und kritische Fragen nach den Verwendungen der bisherigen Gelder für die Bundeswehr stellen.

Zur Info: Bei der Frage zum Sondervermögen der Bundeswehr hatten sich die Delegierten auf der Bezirkskonferenz der IG Metall am 16. Juni 2022 eindeutiger positioniert. Einstimmig wurde das Sondervermögen abgelehnt.

Die Erhöhung auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr lehnen die Delegierten des DGB ab. Schon jetzt sind die Rüstungsausgaben bei über 50 Mrd. Euro pro Jahr. Eine dementsprechende Erhöhung würde die Ausgaben auf 71,2 Mrd. erhöhen. Russlands Rüstungsausgaben lagen 2021 bei 65,9 Mrd. (Statista).

Eine Erhöhung würde unweigerlich zu Einsparungen im Bundeshaushalt, beispielsweise im Sozialbereich führen. Die Delegierten fordern die Bundesregierung auf, den Transformationskurs zu halten und die wirtschaftlichen und sozialen Kriegsfolgen abzufedern.

Als Nachfolgerin für Reiner Hoffmann, der in den Ruhestand geht, wurde die Hannoveranerin Yasmin Fahimi als erste Frau an die DGB-Spitze gewählt.

Pfingstseminar in Hustedt vom 2. bis 10. Juni 2022

Nach der Begrüßung und den üblichen organisatorischen Informationen zum Seminarablauf starteten wir am Dienstag mit der aktuellen Rentenkampagne der IG Metall. Bernd Poggemann präsentierte wesentliche Elemente von »Gute Arbeit – Gute Rente« von Jan-Paul Grüner, AGA-Bezirk Niedersachsen / Sachsen-Anhalt. Am Nachmittag folgte dann mit der Grundrente ein weiteres Rententhema von Wolfgang Kresse.

Durch den Motorradunfall unseres Referenten Wolfgang Lange, der glücklicherweise einigermaßen glimpflich ausgegangen ist, mussten wir uns hier flexibel umorganisieren. Dies ist sehr gut gelungen und wurde auch vom Teilnehmerkreis honoriert.

Mittwoch hatten wir als Referenten aus Hustedt Martin Krügel mit dem Thema Umwelt / Klimawandel. Dies kritische Thema wurde uns mit gutem Fingerspitzengefühl ohne Relativierung oder gar Bagatellisierung der bedrohlichen Weltlage, dargestellt. Die freundliche Art und pädagogische Haltung wurde ausdrücklich geschätzt.

Der Mittwoch Nachmittag ist üblicherweise der Kultur vorbehalten. Wir besuchten die Gedenkstätte in Bergen-Belsen. Die Führung erfolgte durch eine freie Mitarbeiterin, die haupt-



beruflich im Schuldienst tätig ist (GEW) und für diese Arbeit abgeordnet wird. Diese Führung war erstklassig und empfehlenswert. Selbst für Teilnehmer mit Gedenkstättenerfahrung gab es viele interessante Information aus der damaligen Zeit bis hin zu heutigen Aktionen.

Donnerstag moderierte Ingo Arlt einen Workshop zur Transformation. Es gab aktivierende Beteiligungselemente und eine sehr gute Präsentation mit anschließender Diskussion. Das Thema muss nach Rückmeldung der







Gruppe noch weiter verarbeitet, »verdaut« werden, ist aber gut angekommen.

Am Nachmittag hielt Bernd einen Impulsvortrag zum Thema Rhetorik am Beispiel von allseits bekannten Metaphern, Erzählungen und Narrativen. Dargestellt wurde »Reframing« und das Vier-Seiten-Modell von Friedemann Schulz von Thun. Hier wurde die große Anzahl von möglichen Missverständnissen in der menschlichen Kommunikation angesprochen.

Der Donnerstagabend ist regelmäßig ein Grillabend. Es gab verschieden eingelegte Steaks und Würste. Dazu Salate, Brot und Gemüse. Nicht nur der





Grillabend, sondern über die Woche war das Essen morgens, mittags und abends durchgehend abwechslungsreich und wie immer lecker.

Freitagvormittag war der DGB-Kongress mit den aktuellen Forderungen Thema, sowie eine Seminarreflexion.

Das Pfingstseminar wurde gerne und gut angenommen und soll im nächsten Jahr wiederholt werden. Wir hatten die verfügbare Kapazität von 24 Plätzen nicht ausgeschöpft.

Ich denke, eine stärkere Beteiligung der Senioren aus dem Kreis Altmetall sollte angestrebt werden, um einmal im Jahr neben Arbeitstreffen (Klausur) auch ein Seminar für aktive Senioren und Seniorinnen anbieten zu können.

Bernd Poggemann

Wanderung nach Fuhrberg





Im Mai hat sich die Seniorenwandergruppe der IG Metall Hannover zu einer Wanderung zum Spargelhof Heuer in Fuhrberg getroffen.

Vom Hauptbahnhof Hannover ging es mit dem Zug nach Großburgwedel, von dort ein paar Stationen mit dem Bus weiter. Dann ging die Wanderung los. Ein angenehmer Weg durch Wald und Feld und das Wetter spielte auch mit.

Bei einem der vielen Windkraftanlagen gab es einen kleinen Rastplatz und dort wurde eine Pause eingelegt. Frisch gestärkt ging es weiter Richtung Spargelhof Heuer.

Dort war ein Tisch für unsere Gruppe reserviert. Das Essen war lecker, die Bedienung sehr freundlich. Gut gesättigt ging es dann wieder mit dem Bus nach Großburgwedel und weiter mit dem Zug zurück nach Hannover.

Cornelia Thies-Szyskowitz



Bericht aus dem Seniorenarbeitskreis Ricklingen

Am 14. Juni traf sich der Seniorenarbeitskreis Ricklingen im dortigen Stadtteilzentrum.

Als Gast konnte der Landtagsabgeordnete Stefan Politze begrüßt werden. Er stellte sich uns vor und erzählte kurz über seine Arbeit und war danach für Fragen offen. Es entwickelte sich eine angeregte Diskussion über verschiedene Themen.

Zum Abschluss bot er uns an, eine Führung durch den Landtag für uns zu arrangieren. Als Dankeschön für seinen Besuch haben wir ihm im Namen von Dirk Schulze und dem AK das Geschichtsbuch der IG Metall überreicht, was ihn sehr freute.

Der AK macht im Juli Pause, nächster Termin ist der 23. August 2022. ■

Cornelia Thies-Szyskowitz







IG Metall Seniorenarbeitskreis Stöcken

Am 19. Mai 2022 hatte sich der Seniorenarbeitskreis Stöcken wieder im Stadtteilzentrum getroffen. Gerd Schleining berichtete über die Pflegeversicherung und Pflegegrade aus eigener Erfahrung. Er hat in Zusammenarbeit mit dem Medizinischen Dienst einen seinen Einschränkungen entsprechenden Pflegegrad erreichen können.

Gerd machte den Teilnehmern Mut, Anträge von der Krankenkasse zu holen, um für sich oder auch Angehörige bei Bedarf Pflegegrade zu beantragen. Es lohnt sich.

Am 28. Juli 2022 trifft sich der Stöckener Arbeitskreis wieder. Die niedersächsische Landtagsabgeordnete Dr. Thela Wernstedt wird zu Gast sein, um aus dem Landtag zu berichten.

Gerd Schleining

Bericht IG Metall Senioren Barsinghausen

Nach den Impfungen und Auffrischungsimpfungen sowie dem allmählichen Beginn der IGM-Seniorenarbeit in Barsinghausen konnte der DGB-Stadtvorsitzende, unser Kollege Nicola Lopopolo, als Referent gewonnen werden. Am 13. April 2022 waren 20 SeniorInnen anwesend. Thema des Referats und anschließender Diskussion war »Aufgaben der Gewerkschaften im Raum Hannover«.

In seinem Bericht ist von Nicola Lopopolo dargelegt worden, dass das Amt des DGB-Stadtvorsitzenden ein Ehrenamt ist, er aber trotzdem umfangreiche Termine und Verantwortung zu tragen hat. Hierbei sind auch die Interessen aller DGB-Gewerkschaften in der Region Hannover zu berücksichtigen und zu vertreten. Erschwerend ist, dass die gewerkschaftliche Arbeit durch Corona erheblich gelitten hat und Veranstaltungen nicht in Präsenz durchgeführt werden konnten.

In der anschließenden Diskussion sind auch Themen über Altersarmut und Rentenkürzungen diskutiert worden. Nach wie vor sind die Senioren Barsinghausen der Auffassung, dass alle in die Rentenversicherung einzahlen sollten, um auf Dauer eine sichere Rente zu gewährleisten (z.B. das österreichische Rentensystem).

Am 11. Mai 2022 ist Bürgermeister Henning Schünhof als Referent in der Senioren-Veranstaltung gewesen – mit 24 Teilnehmenden zum Thema »Aufgaben der Stadt Barsinghausen«. Die Probleme und Aufgaben des Bürgermeisters wurden dargestellt.

Bürgermeister Henning Schünhof ist im Jahr 2021, also zum Zeitpunkt der Corona-Pandemie, als SPD-Spitzenkandidat neu gewählt worden. Als Neuling in einer der größten Gemeinden in der Region Hannover musste er sich über die Struktur der Aufgabenbereiche sowie über die personelle Situation informieren und auch die technische Ausstattung der Verwaltung kennenlernen.

Er hat die aktuellen Beschlüsse im Rat der Gemeinde dargelegt und die Kernaufgaben benannt. Das sind Schulausbauten in den einzelnen Stadtteilen, ebenso Kita-Plätze schaffen und entsprechende Kinderbetreuung, zusätzlicher Betreuungsbedarf ist durch den Ukraine-Krieg entstanden. Der Flüchtlingsstrom nach Barsinghausen bedeutet Wohnungsbeschaffung bei bereits fehlenden Wohneinheiten. Neue Bebauungspläne und Industrieansiedlungen stehen auf der Agenda der Gemeinde.

Hierbei werden strenge ökologische Bedingungen beachtet: Auflagen mit Regenwasserspeicherung, Solardächern, Begrünung der Dächer von Industrieanlagen sind vorgesehen. Es werden bei Neuanlagen keine Gasleitungen zugelassen und auf Null CO2-Ausstoß hingearbeitet.

Darüber wachen sollen ein Wirtschaftsund ein Energiefrequenzrat sowie das Klimamanagement der Region Hannover. Gefördert werden auch Balkonkleinkraftwerke in Form von solarbetreibender Energieherstellung. Entsprechendes soll bei den Stadtwerken mit einem Rundumsorglospaket eingerichtet werden. Ein Solarkataster Hannover soll dabei geschaffen werden.

Ebenso soll eine schwarze Liste gegen Cyberangriffe geschaffen werden, um sowohl die Verwaltung als auch die BürgerInnen schützen zu können.

Diskutiert wurden anschließend auch die Bedürfnisse der älteren Generation, z.B. Projekte von Mehrgenerationenhäusern und Altenwohnungen sowie Betreuungen im kommunalen Bereich stehen im Vordergrund.

Am 15. Juni 2022 war als Referent der Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen, Ingo Klokemann, geladen. Vor 21 TeilnehmerInnen war das Thema »Aufgaben der Gemeinde Wennigsen«. Nach der Begrüßung von Ingo Klokemann gedachte Erich Zirke dem am 26. Mai 2022 verstorbenen Kollegen Dietrich Meder in einer Schweigeminute. Dietrich Meder war seit 1962 Mitglied der IG Metall. Als aktives Mitglied der Metall Senioren Barsinghausen und nach mehr als 60-jähriger Mitgliedschaft in der gewerkschaftlichen Gemeinschaft hat Dieter uns verlassen. Er bleibt uns immer in Erinnerung und ruhe in Frieden.

Die Gemeinde Wennigsen ist die kleinste Gemeinde in der Region Hannover und steht in Konkurrenz zu den umliegenden großen Gemeinden. Die Einnahmen der Gemeinde decken nicht immer die notwendigen Ausgaben, stellte Bürgermeister Ingo Klokemann dar. Dennoch kann sich die Gemeinde mit der Infrastruktur und ihren Einrichtungen sehen lassen.

In der Gemeinde Wennigsen sind die Aufgaben ähnlich wie bei der Gemeinde Barsinghausen. Bürgermeister Ingo Klokemann ist ebenfalls neu bei der Kommunalwahl gewählt worden.

Große Probleme hat die Gemeinde mit der Personalsituation in Kitas und Schulen. Zusätzlich stehen hier Neubauten und Umbauten an, die noch abzuschließen sind. Handwerkliche Tätigkeiten stehen im Augenblick oft im Zusammenhang mit Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung – Planungen der Gemeinde müssen diese Probleme berücksichtigen.

In der Diskussion mit Bürgermeister Ingo Klokemann sind auch Seniorenbedürfnisse problematisiert worden. ■

Erich Zirke



Solidarität mit den KollegInnen bei Federal Mogul Valvetrain in Barsinghausen!

https://www.igmetall-hannover.de/no_cache/aktuelles/meldung/ig-metall-hannover-kuendigt-widerstand-gegen-die-schliessung-von-federal-mogul-valvetrain-barsingshau/

Kontakte ...

Wolfgang Kresse: Sprecher des Arbeitskreises der Senioren und Seniorinnen, stellv. Sprecher des Arbeitskreises AGA-Hannover, Leiter der DGB-Senioren Bezirk, Sprecher im AGA-Arbeitskreis Bezirk Niedersachsen/Sachsen-Anhalt, AGA-Ausschuss des Bundes, ► Redaktion Senioreninfo

Michael Rzok: Stellv. Sprecher Arbeitskreis der Senioren/innen, Leitung Arbeitsgruppe Barsinghausen, Mitglied im AGA-Arbeitskreis Hannover, Tel. 0176 / 44 55 53 21, michael.rzok@medionmail.com

Klaus-Dieter Harte: Schriftführer des Arbeitskreises der Senioren/innen, ► Redaktion Senioreninfo

Gerd Schleining: Leitung der Arbeitsgruppe Stöcken, Mitglied im AGA-Arbeitskreis, Tel. 0151 / 23 38 07 92

Erich Zirke: Leitung der Arbeitsgruppe Barsinghausen, Mitglied DGB-Seniorenarbeitsgruppe Region, ► Redaktion Senioreninfo

Raffaele Di Canosa: Leitung der Arbeitsgruppe Stöcken, Tel. 0172 / 2 18 11 96, raffa-dica@gmx.de

Dieter Zach: Arbeitsgruppe Ricklingen, Tel. 0179 / 4 91 34 77

Cornelia Thies-Szyskowitz: Leitung der Arbeitsgruppe Ricklingen, Organisation von Veranstaltungen, Fahrten, Besichtigungen, Tel. 0176 / 86 37 48 07

Redaktionsteam SeniorInnen-Info

- ► Wolfgang Kresse, Tel. 0162 / 2848345, wollekresse@gmail.com
- ► Klaus-Dieter Harte, Tel. 0175 / 1 08 41 24, KD.harte@web.de
- Erich Zirke, Tel. 0176 / 41 28 41 59

Erscheinungsweise: jeweils im zweiten Monat eines Quartals

Redaktionsschluss: jeweils am 10. des Vormonats (Januar, April, Juli, Oktober)

https://www.igmetall-hannover.de/gruppen-gremien/senioren/

www.IGMetall-Hannover.de

IG Metall Hannover, Postkamp 12, 30159 Hannover hannover@igmetall.de, Telefon 0511 / 12 402 - 0

Telefonische Erreichbarkeit: Mo bis Do 8.30 bis 16.30 Uhr, Fr 8.30 bis 13.00 Uhr Ansprechpartner für die SeniorInnen-Arbeit: Ingo Arlt, Tel. 0511 / 12 402 - 34, ingo.arlt@igmetall.de

Persönliche Rentenberatung (nur mittwochs) nach vorheriger Terminvereinbarung. Rentenberatung der Deutschen Rentenversicherung bei der IG Metall: Michael Zyla, Tel. 0152 / 34 35 16 96, Rolf Homeyer, Tel. 0171 / 6 46 50 58



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach langer Wartezeit durch die Pandemie ist es nun wieder soweit.

Wir können uns wieder treffen und gemeinsam feiern. Deshalb haben wir ein gemeinsames Sommerfest geplant.

Am 10. August 2022 treffen sich die Seniorinnen und Senioren aller IG-Metall-Gruppen der Geschäftsstelle Hannover im Naturfreundeheim in Barsinghausen zu einem gemütlichen Beisammensein mit Speisen und Getränken.

Sommerfest am 10. August 2022 im Naturfreundeheim in Barsinghausen